

Joachim Bischoff

Jahrhundertkrise des Kapitalismus



**Abstieg in die Depression
oder Übergang in eine andere Ökonomie?**

Joachim Bischoff
Jahrhundertkrise des Kapitalismus

Joachim Bischoff ist Ökonom und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus. Er publiziert zu den Themen Kritik der politischen Ökonomie, Kapitalismustheorie, Krisenanalyse und Klassenverhältnisse. Bei VSA erschien von ihm im Herbst 2008 »Globale Finanzkrise«.

Joachim Bischoff

Jahrhundertkrise des Kapitalismus

Abstieg in die Depression oder
Übergang in eine andere Ökonomie?

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2009, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-339-7

Inhalt

Einleitung: Schwere Konjunkturkrise oder Depression?	7
---	---

Kapitel 1

Von der Finanz- zur Jahrhundertkrise des Kapitalismus	15
--	----

Verschlechterungen der konjunkturellen Bedingungen	22
--	----

Ins Aufgabenheft geschrieben	25
------------------------------------	----

Was Hilfsprogramme nicht bewirken können	27
--	----

Kapitel 2

Systemkrise weltweit	32
-----------------------------------	----

Irland als Prototyp im Krisenprozess	32
--	----

Spanien im Abwärtsstrudel	34
---------------------------------	----

Großbritannien am Abgrund	36
---------------------------------	----

Krise als Gefährdung der EU und der Euro-Zone	40
---	----

Japan stürzt ab	43
-----------------------	----

Russland: zweifach getroffen	45
------------------------------------	----

USA: Zentrum des Taifuns	46
--------------------------------	----

Rettungsaktionen für die US-Hypotheken-Finanzierer	48
--	----

Hoffnungsträger Obama	53
-----------------------------	----

Vor einer Periode der Inflation?	57
--	----

Bedeutung der Kreditexpansion	60
-------------------------------------	----

Kapitel 3

»Gescheiterte Globalisierung«:

Finanzmarktgetriebene Ökonomie am Ende	66
---	----

Globalisierung als Jahrhunderttrend?	67
--	----

Die »fordistische« Betriebsweise wird zurückgedrängt	68
--	----

Bringt die Wealth-driven Economy eine neue Betriebsweise?	73
---	----

Eine neue »Reichtums- oder Wertschöpfungstheorie«	81
---	----

Von der Mangelökonomie zur Überflusswirtschaft	84
--	----

Kapitel 4

Greifen die aktuellen Anti-Krisenprogramme? 87

Verstaatlichung der Banken oder »Bad Banks«?	
Die Bankennotprogramme	88
G 20: Neuordnung der Finanzarchitektur	94
Die Konjunkturpakete der Bundesregierung	95
Bestärken Interventionen die Inflation?	98
Die Anstrengungen des Obama-Administration	99

Kapitel 5

Die »Rückkehr« des Staates? 106

Das Scheitern des Neoliberalismus	107
Der »neue« Staatsinterventionismus	109
Elemente einer linken Reform der Finanzmärkte	114
Der Fall Hypo Real Estate (HRE)	117
Das Problem der Landesbanken in Deutschland	118
Der Staat als mächtiger Investor	123

Kapitel 6

Vor einer langjährigen Durststrecke –

Perspektiven & Alternativen 125

»Bodenbildung« oder Pause?	128
Krise und öffentliche Haushalte	131
Alternativen sind möglich	134
Politischer Korridor in eine solidarische Ökonomie	137

Literatur	139
-----------------	-----

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen	142
--	-----

Kästen

Verbriefung von Krediten	19
Die Hypothekenlogik	49
Was bedeutet Deflation?	55
Strukturbruch: Überakkumulation – Finanzialisierung	61

Einleitung: Schwere Konjunkturkrise oder Depression?

»Von einer Depression ist die Weltwirtschaft derzeit gewiss noch ein gutes Stück entfernt und wird es trotz der Dimension der aktuellen Krise wohl auch bleiben... Doch Depressionssymptome – Probleme jenes Typs, wie sie in den dreißiger Jahren einen Großteil der Weltwirtschaft prägten, seitdem aber nie mehr auftauchten – sind in beängstigender Weise wieder Aktualität... Wo aber liegen die Gründe für die Entwicklung?« (Krugman 2009: 211) Wie zutreffend ist diese Diagnose des amerikanischen Nobelpreisträgers Paul Krugman?

Es geht nicht darum, das negativste Szenario der gesellschaftlichen Krise zu entwickeln. Es geht aber auch nicht darum, die Illusion der Mehrheitsauffassung der Eliten zu reproduzieren, der zufolge die kapitalistischen Metropolen nach einer längeren Dürreperiode im Laufe des Jahres 2010 wieder zur Normalität von Akkumulation, Wirtschaftswachstum und gewohntem Lebensstandard zurückkehren werden. Wo also stehen wir?

Die im Jahr 2007 ausgebrochene Finanzkrise hat sich vom engen Terrain des Hypothekensektors zu einer weltweiten Krise des Finanz- und Kreditsektors entwickelt. Mittlerweile kann nicht mehr bestritten werden, dass wir auch mit einem steilen Niedergang der Realökonomie konfrontiert sind: Industrie, Dienstleistungen und der weltweite Handels- und Wirtschaftsverkehr sind massiv rückläufig.

Die größte und zugleich am meisten unterschätzte Gefahr für die Zukunft besteht in einer unkontrollierten Explosion der Arbeitslosigkeit. Ein massiver Beschäftigungsabbau würde endgültig den Weg in die Depression eröffnen. Noch dient in Deutschland Kurzarbeit den Unternehmen als Instrument der Liquiditätssicherung, um teure Sozialpläne mit hohen Abfindungszahlungen zu vermeiden. In einem länger andauernden Krisenprozess sieht das anders aus. Dann wird die Weiterbeschäftigung zum zentralen Liquiditäts- oder gar Substanzproblem der Unternehmen erklärt und der erpresserische Druck auf Sozialpläne und Löhne aufgemacht – der deflationäre Niedergangsprozess mit Entlassungen und Lohndruck nimmt Fahrt auf.

Nehmen wir das Beispiel der Automobilindustrie – einer Schlüsselbranche, in der sich entscheiden könnte, was weiter passiert. Hier existieren weltweit Überkapazitäten von über 20%; die Autokonzerne konkurrieren darum,

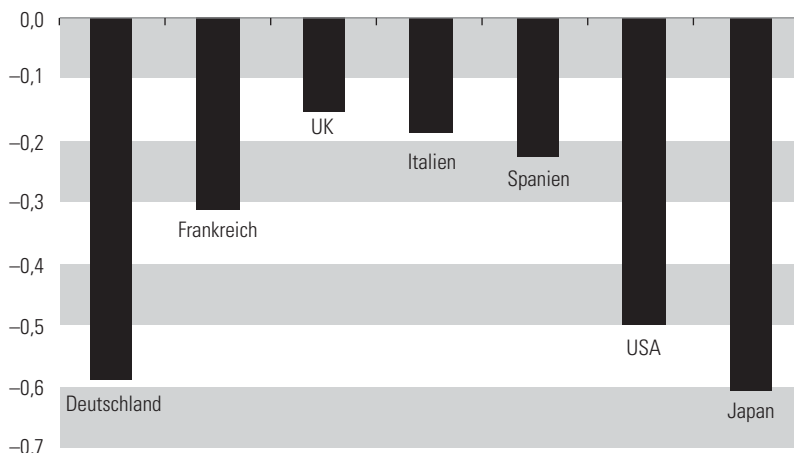
welcher Massenproduzent demnächst ins Gras beißt. Inmitten eines strukturellen Umbruchs, in dem eigentlich darum gerungen werden müsste, wie zukunftsfähige Verkehrssysteme aussehen können, lautet die betriebswirtschaftliche Antwort auf die Krise: Kostensenkung – in der »intelligenten« Variante durch Realisierung von Synergieeffekten durch Kooperationen von Konzernen, in der »konventionellen« Variante durch Werksschließungen. Der Komplettverkauf von Werken gestaltet sich mit Blick auf die Überkapazitäten ausgesprochen schwierig.

Sergio Marchionne, Fiat-Chef und zugleich Vizepräsident der Schweizer Großbank UBS, kritisiert staatliche Rettungsaktionen für Autokonzerne. Er hält nichts davon, wenn Regierungen marode Autokonzerne retten. Das sei pure Geldverschwendung, weil es riesige Überkapazitäten erhalte – von den 94 Millionen Autos Jahreskapazität seien 30 Millionen überflüssig. Weltweit sei die Branche nur noch zu 67% ausgelastet. Besonders die Europäer hätten immer neue Werke errichtet, ohne alte Fabriken zu schließen. Gleichzeitig habe die Industrie – obwohl die Zahl der Hersteller seit 1964 von 58 auf 22 geschrumpft sei – die Zahl der Modelle von 72 auf 205 gesteigert. Aber die Stückzahlen mancher Modelle seien einfach zu niedrig, als dass sie profitabel produziert werden könnten. Schließlich verschlinge die Entwicklung einer neuen Auto-Plattform eine Milliarde Euro. »Die Industrie ist in keinem gesunden Zustand, jetzt geht es für viele ums Überleben.« (Südkurier vom 27.3.2009) Zugleich versucht er selbst aus Fiat, Chrysler und Opel mit Staatshilfe einen Weltkonzern zusammenzubauen, um in dem verschärften Überlebenskampf mithalten zu können.

Marchionnes Diagnose kann verallgemeinert werden: Im Unterbau der Banken- und Finanzkrise sehen wir insgesamt massive Überkapazitäten – wir werden das später als Erscheinungsform chronischer Überakkumulation ausweisen. Insofern geht es nicht nur um eine Sanierung des Finanzüberbaus. Die Krise ist erst dann ausgestanden, wenn die Überkapazitäten in der industriellen Produktion beseitigt sind. Für den Bereich der Automobilproduktion heißt dies: eine Welle von Konsolidierungen. »Nur sechs oder gar nur fünf globale Autokonzerne werden überleben«, sagt Marchionne. Die Autobranche vernichte seit Jahren Werte, ertrinke in Überkapazität und produziere eine heillose Modellvielfalt. Dennoch würden Regierungen von Spanien über Deutschland, Großbritannien bis USA ihre Autofirmen schützen. »Dann will ich mit Fiat auch unter einen Schutzschirm, weil es der einzige Weg ist, zu überleben... entweder man hilft allen Herstellern oder keinem.« (FAZ vom 28.3.2009)

Die These von einer weltweiten, scharfen Rezession, die dieses Mal nur schwerer ausfalle, aber ansonsten den Wirtschafts- oder Konjunkturzyklus

Abbildung 1:
Einfluss des Produktionseinbruchs im Autosektor auf den Rückgang des BIP
 (4. Quartal 2008 in Prozentpunkten)



Quelle: Credit Suisse/NZZ

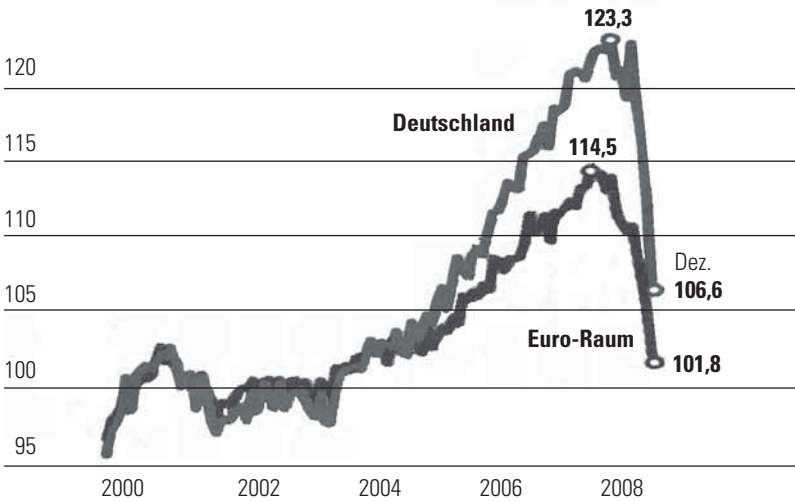
abschließt, legt ein falsches Bild der gesellschaftlichen Entwicklung nahe. Wir sind mit einer weitaus schwereren Krise konfrontiert – ich bezeichne sie als »Jahrhundertkrise«, die durchaus in etlichen Aspekten mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre vergleichbar ist.¹

Allerdings ist dieses Mal – anders als Ende der 1920er Jahre – in der Regel bislang nicht mit Einkommenskürzungen und einer restriktiven Finanz- und Fiskalpolitik der öffentlichen Haushalte reagiert worden. Ob die kapitalistischen Gesellschaften für längere Zeit in eine deflationäre, depressive Entwicklung hineinschlittern, hängt nicht zuletzt von Umfang und Art der staatlichen Interventionen ab.

Die Jahrhundertkrise wird sich über wenigstens ein bis zwei Perioden eines Wirtschaftszyklus (vier bis sechs Jahre) erstrecken. Sie enthält sowohl das Potenzial, nach einem längerem politisch moderierten Zickzackkurs wieder in den bestehenden Gang der Kapitalakkumulation einzumünden,

¹ Es ist eine zutreffende Beobachtung, dass die aktuelle globale Wirtschaftskrise einhergeht mit einer globalen ökologischen Krise. Zugleich ist in vielen Ländern das politische Feld erheblich blockiert, so dass bei der Beurteilung auch die Krise der Politik oder des politischen Feldes einbezogen werden muss. Hier bleiben diese Aspekte ausgeblendet.

Abbildung 2: Die Produktion bricht ein
Industrieproduktion (Stand 2000=100)



Quelle: Eurostat/FAZ

als auch die Chance zum Übergang in einen neuen Typus gesellschaftlicher Ökonomie, die auf einer Mischung von öffentlich-genossenschaftlichem Sektor und einem Bereich basiert, der nach wie vor den Gesetzen der Profitsteuerung unterworfen ist.

Über Krisenlänge und -verlauf entscheiden nicht zuletzt die Antikrisenprogramme, die Ende 2008 – nach dem Zusammenbruch der systemrelevanten Bank Lehman Brothers, der Zahlungsunfähigkeit von Island und dem Absturz in der Weltproduktion und dem internationalen Handel – auf den Weg gebracht worden sind. Sie sind zwar weit angemessener als in den 1930er Jahren, bleiben gleichwohl aber hinter den Anforderungen zurück.

Blockierendes Element für eine richtige Dosierung von Antikrisenmaßnahmen ist die Furcht vor den negativen Folgen des offensiven Einsatzes von öffentlichen Krediten. Keynes bemerkte zu Recht: »Langfristigkeit ist irreführend im Alltagsgeschäft. Langfristig sind wir alle tot. Ökonomen (und Politiker) machen es sich zu leicht, wenn sie in stürmischen Zeiten nur sagen, dass das Meer wieder ruhig sein wird, wenn der Sturm vorüber ist.« (Keynes 1924: 83) Noch zeichnet sich kein Abflauen des Krisensturmes ab und insofern bestehen immer noch Möglichkeiten, den Verlauf zu beeinflussen. Gleichwohl muss mit Blick auf das sich Mitte 2009 abzeichnende Ausmaß und die gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse in

den großen kapitalistischen Ländern eher von einem längeren, in sich widersprüchlichen Prozess ausgegangen werden.

Hinsichtlich Tiefe, Dauer und der weiteren Perspektiven der Krise geht es um vier parallele Handlungsdimensionen:

1. *Öffentliche Gelder und Interventionen zur Stützung des angeschlagenen Finanzsektors:* »Der Umfang der langfristig riskanten und relativ illiquiden Anlagen, die durch sehr kurzfristige Verbindlichkeiten finanziert wurden, machte viele Vehikel und Institutionen in diesem parallelen Finanzsystem anfällig für einen Bankenansturm klassischen Typs, aber ohne Schutzmaßnahmen wie Einlagensicherung, die dem Bankensystem zur Verfügung stehen, um solche Risiken zu reduzieren... Tatsache ist aber, dass die Ausweitung des altmodischen Bankkredits bei Weitem nicht ausreichte, um die Schrumpfung des Kreditvolumens als Folge eines Zusammenbruchs der Schattenbanken wettzumachen.« (Krugman 2009: 189) Praktisch wird es nach einigen Zick-Zack-Läufen auf eine vollständige Verstaatlichung eines Großteils des Finanzsystems hinauslaufen, weil anders weder eine Stabilität des Banksektors noch eine organisierte Verteilung der Verluste zu erreichen ist.
2. *Öffentliche Gelder und staatliche Interventionen zur Abfederung des realökonomischen Niedergangs:* Bislang bleiben mit Ausnahme des Krisenpaketes in der VR China die kapitalistischen Metropolen hinter den Anforderungen zurück. Entweder handelt es sich um zu gering dotierte oder auch widersprüchliche Programme.
3. *Globaler Rettungsplan:* Weil die Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Länder an der Peripherie erfasst hat, gehört zur Abdämpfung auch ein globaler Rettungsplan – was speziell für Osteuropa und die asiatischen Entwicklungsländer größere Probleme aufwirft.
4. *Neue Finanzarchitektur:* Auch die Entwicklung einer neuen Finanzarchitektur ist wichtig, selbst wenn das Ende des Krisenprozesses noch nicht absehbar ist.

Die herrschenden neoliberalen Wirtschafts- und politischen Eliten haben unter dem Druck der Krisenprozesse ihre bisherige Orientierung, möglichst weitgehend Markt- und Profitsteuerung durchzusetzen, aufgegeben, was nicht heißt, dass sie zu einer wirksamen Antikrisenpolitik bereit sind. Der Neoliberalismus ist als Ideologie und als hegemoniales Projekt zwar noch nicht vernichtend geschlagen. Aber seine Macht, Themen und gesellschaftspolitische Deutungen durchzusetzen, ist schwer beschädigt. Der Grund für diese Schwäche ist allerdings nicht die Stärke des politischen Gegners auf der linken Seite des politischen Spektrums, sondern die krisenhafte Bewegung der gesellschaftlichen Reproduktion.

Zum widersprüchlichen Bild der Gegenwart gehören neben den dramatischen empirischen Belegen über einen massiven Schrumpfungsprozess der Globalökonomie auch die Berichte von Massenprotesten. Herausragende Beispiele sind Irland, aber auch Frankreich und Italien. Gleichwohl: Von einer massiven internationalen Protest- und Widerstandsbewegung kann keine Rede sein.

Typisch sind eher die Verhältnisse in Deutschland:² Die Krise wird von der Mehrheit der Bundesbürger als Bedrohung gesehen, die ihr volles Ausmaß noch nicht erreicht hat. Nach 32% im Dezember 2008 fürchten derzeit 37% der Erwerbstätigen um ihren Arbeitsplatz, 42% der Bundesbürger sorgen sich zum Jahresende um ihre Ersparnisse, inzwischen sind es 49%.

Gleichzeitig wird das Krisenmanagement der Regierung zurückhaltender bewertet. Bescheinigten im Dezember noch zwei Drittel der Berliner Politik ein schnelles und entschlossenes Handeln, sind es aktuell 58%. Gut die Hälfte befürchtet, die schwarz-rote Koalition habe angesichts des Krisenausmaßes den Überblick verloren, zwei Drittel haben nicht den Eindruck, dass die Bundesregierung eine klare Linie im Umgang mit der Krise verfolgt.

Dies bedeutet nicht, dass die in den bisherigen Konjunkturpaketen vorgesehenen Maßnahmen auf Ablehnung stoßen. Von zusätzlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen, moderaten Steuerentlastungen der BürgerInnen und Investitionen in Straßen und Schienen erwartet eine Mehrheit der Deutschen durchaus positive Effekte. Jedoch wird die Wirksamkeit eines Konjunkturpaketes insgesamt zunehmend skeptischer bewertet.

Spätestens mit dem Konkurs der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 hat das Krisenszenario das Alltagsbewusstsein der Bevölkerung erreicht. Gleichwohl hat die Mehrheit den Eindruck, ihr fehlende Urteilsbasis. 78% sind überzeugt, dass das Finanzsystem so undurchsichtig geworden ist, dass es sich dem Verständnis der Bürger völlig entzieht.³ Die große Mehrheit empfindet die Ereignisse als beängstigend und fragt sich, was noch alles kommt. Obwohl nur eine kleine Minderheit ihr Geld in spekulative Anlagen gesteckt hat, machen sich 52% der Bevölkerung Sorgen, ob ihre Ersparnisse sicher sind. Vor allem die Älteren sind

² Die folgenden Zahlenangaben stammen aus den regelmäßigen »Allensbach-Analysen« in der FAZ und dem Infratest »DeutschlandTREND«.

³ Zugleich ist der überwältigenden Mehrheit bewusst, dass die Folgen der Krise, für welche die meisten die Vereinigten Staaten verantwortlich machen, für Deutschland riesig sind. Nur noch 2% der Bevölkerung glauben, dass die Krise Deutschland kaum betrifft; nur 3% sind nicht beunruhigt. Der Kreis, der noch kühl reagiert und nur an begrenzte Auswirkungen glaubt, macht rund ein Fünftel der Bevölkerung aus und gehört überdurchschnittlich der jungen Generation an.

beunruhigt: 60% der Leute über 60 Jahre haben sich in letzter Zeit um die Sicherheit ihres Vermögens Sorgen gemacht, auch 58% der Personen zwischen 45 und 59 Jahren.

Vor diesem Hintergrund ist die These von einer offenen geschichtlichen Situation, wie sie von einer Autorengruppe (IfG 2009) vertreten wird, zu optimistisch. Demgegenüber wäre festzuhalten: »Den aufbrechenden Krisenerscheinungen und ihrer Verschränkung hat der bestehende Block an der Macht keine produktiven Lösungen mehr entgegen zu setzen, die die Interessen der untergeordneten Gruppen und Klassen berücksichtigen und damit den aktiven Konsens zum neo-liberalen Projekt wieder herstellen könnten. Er ist zur Veränderung gegenüber bisherigen neo-liberalen Strategien gezwungen. Bei der jetzigen Krise handelt es sich um die weitreichendste Finanz- und Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren... Protest und Widerstand formiert sich auf allen Ebenen, noch fragmentiert und vielfach ohne klare Richtung, aber wachsend. Das größte Problem für die herrschenden Machteliten besteht darin, dass die Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter seit einigen Jahren nicht mehr gewährleistet ist.« (Redaktion Sozialismus 2009)

Bei den herrschenden Eliten kann in Folge der Krise von einem weitgehenden Paradigmenwechsel gesprochen werden. Noch interpretiert ein Großteil die staatlichen Interventionen als reine Notmaßnahme, die – zeitlich begrenzt – demnächst wieder durch eine Fortsetzung des alten Privatisierungs- und Deregulierungskurses abgelöst werden könnte. Allerdings kommt bei etwas kritischeren Betrachtern die Frage nach den Rückwirkungen auf das Alltagsbewusstsein und die politische Stabilität auf.⁴

Jürgen Dormann, der als Manager an der Spitze von Hoechst, Aventis und ABB reiche Industrieerfahrung gesammelt hat, wies in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung auf die Gefahren hin, die der wirtschaftliche Einbruch und die Rettungs-Hektik für Firmen und Gesellschaft bringen. Er zieht Vergleiche mit früheren Rezessionen: *»Sie sind zwar kein Wirtschaftspolitiker, aber Sie kennen die Wirtschaft. Wie wird man aus dieser enormen Überschuldung des Staates herausfinden? Wird es Inflation geben? | Ja, die Rechnung wird bezahlt von der Masse der kleinen Leute,*

⁴ In diesem Zusammenhang ist auch die Debatte um »soziale Unruhen« zu sehen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hatte in einem Interview mit der Nordwest Zeitung am 21.4.2009 erklärt: »Massenentlassungen wären eine Kampfansage an die Belegschaften und an die Gewerkschaften. Dann kann ich soziale Unruhen auch in Deutschland nicht mehr ausschließen.« Auch Gesine Schwan, SPD-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten, hatte gegenüber dem »Münchner Merkur« gesagt, sie könne sich vorstellen, dass in »zwei bis drei Monaten die Wut der Menschen deutlich wachsen« könnte. Wenn sich kein Hoffnungsschimmer auftäte, »dann kann die Stimmung explosiv werden«.

wie das leider schon in der Geschichte öfters so war. Man kann nur hoffen, dass generell alles wieder besser wird und die Politiker an die Reprivatisierung denken und nicht alles verplanen. Mit Blick auf Frankreich, Deutschland und England bin ich heute allerdings nicht so zuversichtlich. Die Menschen in Deutschland und Frankreich neigen stark zur Mentalität, dass der Staat es richten müsse. Das ist ein fundamentaler Unterschied gegenüber der Schweiz, in der die Bürgergesellschaft doch gegen allzu viel Staatseinfluss ist. Machen wir uns nichts vor, wir werden eine Kombination von Inflation und Steuererhöhungen sehen. | *Muss man sich Sorgen machen, dass mit der Zeit die kleinen Leute, die alles tragen müssen, zu politischen Radikalisierungen neigen?* | Das wird man nicht ausschließen können, aber es wird nicht dramatisch sein, nicht zu solchen Spannungen führen, wie dies in den 30er Jahren der Fall war. | *Man hört aber ständig den Vergleich mit den 30er Jahren, die Schwere der Krise sei identisch.* | Aber die sozialen Sicherungssysteme sind heute ganz andere als damals, allerdings mit der Konsequenz, dass die Geldbeträge, die wir dafür aufbringen müssen, auch höher sind.« (NZZ vom 7.3.2009)

Die These von den systemeigenen Stabilisatoren in der Krise – Arbeitslosenversicherung, Altersrenten, Krisenpolitik durch öffentliche Haushalte – ist allerdings höchst problematisch. Zum einen sind in vielen kapitalistischen Ländern viele dieser Bausteine sozialer Sicherheit gekürzt oder privatisiert worden. Zum anderen sind sie auf einen größeren Anstieg der Arbeitslosigkeit nicht vorbereitet. Die Bundesagentur für Arbeit rechnet bei einem Anstieg auf vier Millionen Erwerbslose bis zum Jahresende 2009 mit Gesamtausgaben von 45 Mrd. Euro und einem operativen Defizit von rund 11 Mrd. Euro. Der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung ist seit 2005 von 6,5% auf 2,8% reduziert worden. Das bedeutet, dass Firmen und die Beschäftigten 2009 rund 30 Mrd. Euro pro Jahr weniger für die Arbeitslosenversicherung zahlen als vor vier Jahren. Bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit wird sich die Krise in den sozialen Sicherungssystemen rückschlagend selbst als krisenverschärfend auswirken.

Natürlich gibt es Alternativen, die ebenfalls im Folgenden darzustellen sind. Im Grundsatz muss die politische Linke eine Doppelstrategie verfolgen – zum einen gilt es, im weiteren Verlauf des Krisenprozesses den Neoliberalismus, dem durch die Krise die ökonomisch-gesellschaftliche Geschäftsgrundlage des politischen Handelns entzogen wurde, auch konzeptionell mit einer Antikrisenpolitik an den Rand zu drängen. Zum anderen kann auf dieser Grundlage die Formation einer Solidarischen Ökonomie mit einem neuen Verhältnis von Markt- und gesellschaftlich-öffentlicher Steuerung vorangebracht werden.

Kapitel 6

Vor einer langjährigen Durststrecke – Perspektiven & Alternativen

Die Weltwirtschaft und der Exportweltmeister Deutschland stehen vor einer langjährigen Durststrecke. Der Internationale Währungsfonds (IWF) prognostiziert für Deutschland 2009 einen Konjunkturerinbruch von 5,6% und kann auch für 2010 kein Licht am Ende des Tunnels erkennen. Und: Die Hoffnungen für 2011 stehen auf tönernen Füßen. Im Frühjahrsgutachten der deutschen Forschungsinstitute wird für 2009 gar von einem Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts um 6% ausgegangen. Die Folge: 2009 werden die Arbeitslosenzahlen auf durchschnittlich 3,7 Mio. und 2010 auf 4,7 Mio. steigen – mit dramatischen Folgen für Steuereinnahmen und Sozialkassen. Der weitgehenden Tatenlosigkeit der Bundesregierung ist damit die Grundlage entzogen – aber dieser Schlussfolgerung verweigert sie sich trotz allem hartnäckig.

Die Bundesregierung korrigiert ihre Konjunkturprognose für 2009 drastisch nach unten. Die bundesdeutsche Politik erwartete Ende April 2009, dass die Wirtschaftsleistung gegenüber 2008 um 5% schrumpfen wird. Bislang hatte sie die Gesellschaft auf ein Minus von 2,25% eingestellt. Und noch eine weitere Korrektur ist mittlerweile aus der politischen Klasse zu hören. Der EU-Industriekommissar Verheugen: »Sollten die aufgelegten Konjunkturprogramme in aller Welt nicht ausreichen und die Politik die Probleme nicht in den Griff bekommen, sind weitere Verwerfungen möglich. Ich weiß nicht, ob das was bisher getan wurde, ausreicht. Auch die Gefahr einer massiven Kreditklemme ist noch keineswegs gebannt – mit möglichen schlimmen Folgen für die Konjunktur und Stabilität: Wenn wir das nicht schnell wieder in den Griff kriegen, dann wird das Ausmaße annehmen, dass uns Hören und Sehen vergeht.« (Welt online vom 20.4.2009)

Zur Erinnerung: Bei ihrer Gemeinschaftsdiagnose im Oktober 2008 sagten die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für 2009 Deutschland 0,2% Wachstum voraus. Um sich – scheinbar – gegen alle Eventualitäten abzusichern, entwarfen die Volkswirte ein Risikoszenario, das einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,8% vorhersagte. Im Februar 2009 schockierte der Chef-Ökonom der Deutschen Bank die politische Klasse mit der Warnung vor einem steilen Absturz der Ökonomie um mindestens 5%. Finanzminister Steinbrück damals: verantwortungslose Prognosen. Inzwi-

schen ist unübersehbar, dass der Schrumpfungsprozess über die nunmehr anvisierten 5% hinausgreifen könnte.

Die meisten Konjunktorexperthen erwarten in der zweiten Jahreshälfte 2009 eine weitere Schrumpfung der Industrie und der Gesamtwirtschaft, allerdings mit abnehmender Geschwindigkeit. Dafür spricht der weiterhin stark rückläufige Auftragseingang, der beispielsweise im Maschinenbau im Februar nur noch halb so groß war wie im Vorjahr. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin) gibt wegen der anhaltenden Unsicherheit bekannt, es werde auf eine Wachstumsprognose für 2010 verzichten. »Seit der Verschärfung der Finanzkrise laufen alle Vorhersagen der tatsächlichen Entwicklung drastisch hinterher«, sagte sein Präsident Klaus Zimmermann. Sämtliche Prognostiker hätten die Dynamik der Krise unterschätzt. Das DIW war allerdings eines der letzten deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute, das den Absturz in eine schwere Rezession und damit das Scheitern seines wirtschaftswissenschaftlichen Rüstzeugs eingestand.

Die Anpassung an die Realität ist unstrittig: Die Bundesregierung dämpft Ende April 2009 alle Hoffnungen auf ein schnelles Ende der Rezession und stellt sich auf eine lange Phase des wirtschaftlichen Abschwungs ein. »Wir haben jetzt einen scharfen Absturz, aber aufwärts wird es irgendwann nur sehr, sehr langsam gehen«, sagte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Die Erholung werde Jahre dauern. und er fügt hinzu: »Wenn wir Glück haben, beginnt es 2010.« (Stern vom 1.4.2009)

Grund für den stärkeren Rückgang sind die Auftragseinbrüche in wichtigen Branchen wie dem Maschinenbau und der Elektroindustrie. Das erste Quartal 2009 ist so schlecht verlaufen, dass die Hoffnung auf eine Schrumpfung von rund 2% überholt ist. Zudem wird die Rezession riesige Löcher in die Staatskassen reißen. Und die ökonomischen Fundamente der sozialen Sicherungssysteme geraten erneut in eine massive Schieflage. Der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zum Beispiel wird schon im Herbst 2009 das Geld ausgehen und es droht eine Liquiditätslücke. Innerhalb eines dreiviertel Jahres hat sie ihre Rücklagen von 17 Mrd. Euro, die sie zu Beginn des Jahres noch hatte, aufgezehrt. Der niedrige Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird nicht zu verteidigen sein. Eigentlich war das schon Ende 2008 klar, bevor die Senkung von 3,3% auf 2,8% beschlossen wurde. Schon damals war absehbar, dass die Zahl der Arbeitslosen wieder stark steigen wird – eine Entwicklung, die zwangsläufig die Finanzen der Bundesagentur für Arbeit belastet. Die Politik hat sich nicht um die veränderte Konstellation gekümmert. Das Zugeständnis an die zahlreichen Kritiker bestand darin, für Mitte 2010 eine Neubewertung über die Höhe des Beitragssatzes vorzunehmen.

Angesichts der Ausgaben der BA für steigende Arbeitslosigkeit und vor allem für Kurzarbeit geht es künftig weniger darum, ob die Beiträge steigen, sondern nur noch, um wie viel. Für eine starke Krise, wie sie sich zur Zeit zeigt, sind die Finanzen der BA nicht ausgelegt.

Deutschland erhält die Quittung für die zögerliche Politik in Sachen Konjunkturstützung. Mit der hiesigen Konjunktur geht es so steil bergab wie noch nie in den vergangenen sechs Jahrzehnten. Bisher hat die Wirtschaftskrise noch keine Insolvenzwelle ausgelöst, und auch am Arbeitsmarkt beginnt die Arbeitslosenquote erst allmählich zu steigen. Einige bekannte Unternehmen, die seit Jahren mit hausgemachten Strukturproblemen kämpfen, hat die Krise aber bereits in die Insolvenz getrieben.

Auch an den deutschen Börsen legten Bankaktien in der vagen Hoffnung auf eine Entschärfung der weltweiten Finanzkrise kräftig zu, doch in der Realwirtschaft geht es weiter massiv abwärts. Die Industrie registrierte im Februar den stärksten Umsatzrückgang seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1991. Bundesweit sank der Industrieumsatz preis- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 23,3%.

Trotz der Mitte Januar beschlossenen Abwrackprämie für den Kauf von Neu- und Jahreswagen musste die Autoindustrie mit 40% den größten Umsatzrückgang hinnehmen. Der Auslandumsatz sank gar um 45%. Bisher wurde die Prämie für 1,2 Mio. Autos beantragt, was mehr als einem Drittel des normalen Jahresabsatzes entspricht.

Der Chef des Weltwährungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, drängt Deutschland und andere kapitalistische Metropolen, schnellstens die Bilanzen ihrer Banken zu säubern. Nur so könne Vertrauen an die Märkte zurückgebracht und damit die Finanzkrise überwunden werden. Was Strauss-Kahn allerdings nicht hervorhebt, ist, dass sich die Sanierung der Bankbilanzen so schwierig gestaltet, weil es um riesige Volumina geht. Finanzminister Steinbrück hat im Januar 2009 einen Vorschlag präsentiert: Bei den betroffenen Finanzinstituten sollen mit staatlicher Hilfe dezentrale »Bad Banks« gebildet werden, in die die Risiko-Papiere ausgelagert werden können. Diese Zweckgesellschaften sollen nicht den normalen Bilanzierungsregeln unterworfen werden, sodass die Bad Banks die faulen Wertpapiere nicht auf ihren wahren Wert abschreiben müssen. Dies wiederum erlaubt der Mutterbank, ihre Anteile an der Risiko-Bank zum Nominalwert zu bilanzieren, obwohl sie eigentlich viel weniger wert sind. Der Bund beteiligt sich ebenfalls an der Bad Bank und sichert das Ausfallrisiko so mit Steuerzahlergeld ab. Dafür verlangt der Staat eine Gebühr. Dass diese Gebühren die Verluste nicht aufwiegen können, sollten die Papiere wertlos bleiben, weiß nicht nur die Regierung. Der Bundesfinanzminister beziffert die

Risiken aus toxischen Papieren in den Bilanzen deutscher Banken auf bis zu 853 Mrd. Euro. Der damit verbundene Abwertungsbedarf schmälere ihr Eigenkapital und könne die Existenz einer Bank bedrohen.

Einige privatkapitalistische Banken haben gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) bereits ausdrücklich erklärt, sich an einer Bad-Bank-Lösung nicht beteiligen zu wollen. Die Spitzenverbände der Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben es für ihre Mitglieder bereits abgelehnt, sie in Anspruch zu nehmen. Der Kreis der Banken, die eine Abwicklungsbank in Anspruch nehmen wollen, ist daher begrenzt. Potentielle Kandidaten in Deutschland sind demnach in erster Linie die Landesbanken.

»Bodenbildung« oder Pause?

Bundeskanzlerin Merkel verbreitet trotz der unübersehbaren Probleme Zuversicht. »Vielleicht ist die Hannover Messe ein kleines Signal, dass wir langsam am Tiefpunkt angekommen sind«, sagte sie nach einem Rundgang über die Industrieschau (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.4.2009). Die Unternehmen wollten gestärkt aus der Krise hervorgehen. Dies sei das Klima, das sie gespürt habe. Entscheidend seien Innovationen, dies werde Deutschlands Wohlstand sichern. Konjunkturexperten unterstützen diese Hoffnung auf ein absehbares Ende der Wirtschaftsflaute. Der vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim veröffentlichte Index zur Konjunkturerwartung stieg im April 2009 spürbar an.

Auch US-Präsident Obama hat dieses Licht am Ende des Krisentunnels ausgemacht. Er glaube, dass die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen – das laufende Konjunkturstimulierungs-Paket, die Rekapitalisierung der Banken, die Refinanzierungsaktion im Häusermarkt, die Restrukturierungsanstrengungen im Autosektor, die Stärkung des Kreditmarktes außerhalb des Bankensystems sowie die Arbeiten im Rahmen der G 20 – allmählich Wirkung entfalteten. In dieses Bild passen positive Meldungen aus dem Finanzbereich. Zunächst hatte die US-Großbank Wells Fargo einen Quartalsgewinn gemeldet. Auch die in eine Bankholding gewandelte ehemalige Investmentbank Goldman Sachs hat für das erste Quartal 2009 mit rund zwei Mrd. US-Dollar einen positiven Ertragsausweis vorgelegt. Außerdem emittierte die Bank für 5 Mrd. US-Dollar neue Stammaktien. Sie will damit und mit weiteren Mitteln die Kapitaleinlage der Regierung von 10 Mrd. US-Dollar zurückzahlen. Weitere positive Nachrichten kommen von der JP Morgan, der Bank of America und der Citigroup.

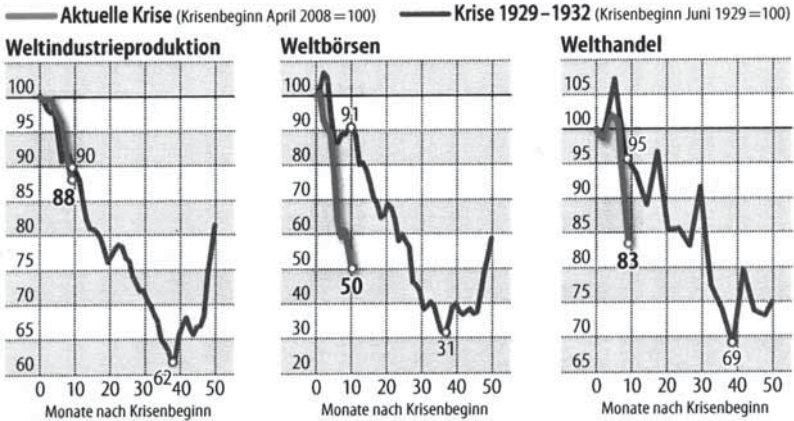
Die rezessionsgeplagte US-Wirtschaft hat so aus Sicht der Mehrheit der politischen Klasse in den USA das Schlimmste wahrscheinlich schon überstanden. Einiges deutet darauf hin, dass die bisherigen Maßnahmen der Zentralbank (Fed) zur Reanimierung der Wirtschaft beigetragen hätten, sagten der Vize-Vorsitzende des Fed, Donald Kohn, und der Chef des New Yorker Fed, William Dudley am 18.4.2009. Auch der Wirtschaftsberater von Präsident Barack Obama, Paul Volcker, vertritt einen ähnlichen Standpunkt, warnte aber vor allzu großem Optimismus: Die Geschwindigkeit des Abschwungs verliere an Tempo, bis zu einer wirklichen Erholung sei es aber noch ein langer und steiniger Weg (diepresse.com vom 19.4.2009).

Die US-Wirtschaft steckt seit anderthalb Jahren in einer Rezession. Zuletzt schürten einige Konjunktur- und Unternehmenszahlen die Hoffnung, dass die Talsohle erreicht sein könnte. Ob diese Unternehmensmeldungen ein allmähliches Ende der Finanzkrise anzeigen, wird aber von kritischeren Beobachtern bezweifelt. Laut Analytikern ist ein Grund für die guten Resultate auch die Lockerung der Buchführungsregeln, nach denen die Banken ihre Vermögenswerte nicht mehr zum Marktwert in der Bilanz angeben müssen. Neben Buchhaltungstricks und anderen kosmetischen Anpassungen haben die Banken jedoch Anfang 2009 tatsächlich gutes Geld verdient. Dank hoher Volumen am Bondmarkt ist das Handelsgeschäft wieder etwas in Schwung gekommen, und die tiefen Zinsen haben auch den Hypothekensektor belebt.

Zwei Probleme bleiben jedoch ungelöst. Zum einen erwarten die Auguren zunehmende Verluste im Geschäft mit Commercial Real Estate (CRE), das sind Geschäftsimmobilien wie Bürogebäude oder Shoppingcenter. Das Problem mit CRE ist, dass die Abschreibungen in den Bankbilanzen noch nicht im großen Stil stattgefunden haben. Zum anderen drücken trotz der neuen Bilanzierungsregeln die toxischen Wertpapiere in den Büchern auf mittlere Sicht auf die Gewinne. Schlussfolgerung: Die Rezession ist noch lange nicht ausgestanden, die Kreditverluste werden weiter steigen. Außerdem sind die Bankbilanzen noch nicht gesäubert.

Auf dem Terrain der empirisch-wissenschaftlichen Betrachtung ist die Position weiter verstärkt worden, dass sich die Weltwirtschaft im Übergang in eine schwere Depression befindet. Die Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen und Kevin H. O'Rourke kommen in einer empirischen Studie zu dem Schluss: »Die Welt durchlebt derzeit einen wirtschaftlichen Schock, der genau so groß ist wie der Schock der Großen Depression von 1929-1930.« (www.voxeu.org, 6.4.2009) Die Bewegung der wichtigen Indikatoren zeigt einen massiven Absturz an, der längst noch nicht zu Ende ist (vgl. Abbildung 14 auf der folgenden Seite).

Abbildung 15: Der aktuelle Absturz und die Große Depression



Quelle: Eichengreen/O'Rourke (2009)/FAZ

Gegen die These vom Eintritt in eine Depression argumentiert der Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman. Er rechnet nicht damit, dass die aktuelle Krise die Ausmaße der Großen Depression annehmen wird. Damals sorgten insbesondere der Kollaps der Finanzmärkte und eine Welle von Bankenzusammenbrüchen im Jahr 1931 für eine weltweite Panik. Allerdings teilt er auch nicht den Optimismus des Vorsitzenden der amerikanischen Notenbank, Ben Bernanke, der bereits für 2009 ein Ende der Rezession erwartet. Krugman warnt davor, die Rezession vorschnell für überwunden zu erklären. Er verweist darauf, dass auch der Abschwung in der Großen Depression einige Pausen eingelegt habe. Der Wirtschaftswissenschaftler sieht deshalb auch kein überzeugendes positives Signal in der derzeitigen Erholung an den Aktienmärkten. In den aktuellen Wirtschaftsdaten gebe es zwar Zeichen dafür, dass sich der Abschwung verlangsamt, aber keine, die auf eine echte Trendwende schließen ließen.

Krugman hält zudem an der Kritik der Wirtschaftspolitik der Europäischen Union fest. Die EU-Mitgliedstaaten müssten viel entschiedener als bisher versuchen, die Wirtschaft durch Konjunkturprogramme anzukurbeln. Dabei weist er Bedenken zurück, dass die US-amerikanischen Konjunkturprogramme die Inflation beschleunigen würden.

Krise und öffentliche Haushalte

Der Internationale Währungsfonds hat in einer Sonderuntersuchung die Anatomie von Rezessionen in kapitalistischen Hauptländern untersucht. (IMF 2009) Ein wichtiges Ergebnis: Die oft nötige Sanierung der Bilanzen bei Banken, Unternehmen und Haushalten verhindert eine schnelle Erholung. Diese wird in der Regel über den Außensektor angestoßen, indem eine Abwertung der Währung und fallende Stückkosten zu einem positiven Wachstumsbeitrag des grenzüberschreitenden Handels führen. Der IWF erwartet daher, dass die derzeitige Krise sich hinziehen wird und die Erholung schwächer als üblich ausfallen wird. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, könnte die Geld- und Finanzpolitik eine wichtige Rolle spielen.

Mit Blick auf die gegenwärtige Krise müssen aber selbst aus Sicht des IWF die Handlungsmöglichkeiten als beschränkt eingeschätzt werden. Vor allem sind die in der Öffentlichkeit genannten Summen für die Rettung der Bankensysteme und zur Unterstützung der Konjunktur mit Vorbehalt zu nehmen. Die Zahlen zeigen gleichwohl zweierlei: Erstens werden die voraussichtlichen Nettokosten für die Staatshaushalte deutlich geringer ausfallen, als die gegenwärtig im Raum stehenden Zahlen vermuten lassen, und zweitens sind die Belastungen für die Staatskasse nach bisheriger Einschätzung in den Industriestaaten ungleich größer als in den Schwellenländern. Der IWF rechnet damit, dass die Stabilisierung des Finanzsektors in den Industrieländern netto gut 7% des Bruttoinlandsproduktes kosten wird. Am höchsten wird die Rechnung in Irland (13,9%) ausfallen, dann folgen die USA und Großbritannien. Die Emerging Markets seien vom Finanzproblem bisher nur marginal betroffen.

Im IWF-Bericht wird auf verschiedene geschichtliche Beispiele von Finanzkrisen verwiesen, die höchst unterschiedlichen Ergebnisse zeigten. Bei der Bankenkrise in Schweden (1991) – das ist das positivste Beispiel – waren nach fünf Jahren die ursprünglich eingesetzten staatlichen Gelder zu 94% wieder eingebracht. In Japan lag die Rücklaufquote nach der Krise von 1997 nach fünf Jahren dagegen erst bei 1%, ist aber mittlerweile auf 54% gestiegen. Es gibt aber auch zahlreiche andere Beispiele – vier allein in Argentinien –, bei denen den staatlichen Rettungsgeldern keinerlei Mittelrückflüsse gegenüberstanden.

Diesmal sind eine Vielzahl von Ländern betroffen, was wegen der negativen Rückkoppelungseffekte die Chancen für eine Zurückgewinnung der Rettungsgelder deutlich beeinträchtigen könnte. Wie sehr staatliche Hilfen für angeschlagene Banken in Form von direkten Kapitalspritzen oder Garantien für Zahlungsausfälle eine Volkswirtschaft tatsächlich belasten, er-

gibt sich aber erst aus einer relativen Betrachtung: Wie groß ist die in den Paketen genehmigte Summe aus direkten Kapitalhilfen, Garantien und sonstigen Hilfsmaßnahmen insgesamt? Und wie groß fällt diese Summe in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aus?

Gleichermaßen fragil sind die Schätzungen über die Auswirkungen der Rezession auf die öffentlichen Haushalte. Dabei sind automatische Stabilisatoren sowie diskretionäre Maßnahmen zur Konjunkturstimulierung zu unterscheiden. Bei Ersteren führt erfahrungsgemäß 1% weniger Wirtschaftswachstum zu einem Anstieg des Haushaltsdefizits um 0,3% des BIP, vorab durch geringere Steuereinnahmen und steigende Arbeitslosengelder. In der gegenwärtigen Krise kommen aber noch einige zusätzliche Effekte hinzu. So führen die fallenden Aktien- und Immobilienpreise zu fallenden Vermögen der Haushalte, auf das diese mit einer Einschränkung des Konsums reagieren.

So wie sich die Budgetfehlbeträge im Abschwung automatisch ausdehnen, so bilden sie sich im Aufschwung ebenso automatisch wieder zurück. Eine vorübergehende Wirkung sollten auch die Maßnahmen der verschiedenen Konjunkturpakete haben. Das tun sie nicht überall. Die Kosten der bisher durchgeführten und angekündigten Maßnahmen haben das Haushaltsdefizit der G 20-Länder im Jahr 2008 um 0,5% des BIP erhöht und werden es 2009 und 2010 um 1,5 bzw. 1,1% steigen lassen. Seit der Verfassung des Berichts sind weitere Stimulierungspakete beschlossen worden, so dass die Zahlen mittlerweile höher ausfallen dürften. Nimmt man die Kosten der Finanzmarkt-Stabilisierung und der Konjunkturstimulierungs-Maßnahmen sowie die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zusammen, so errechnet der IMF eine Erhöhung der laufenden Staatsdefizite in den entwickelten Ländern der G 20 für 2008 und 2009 um rund 6% des BIP (vgl. Tabelle 11). Im darauf folgenden Jahr dürften die Fehlbeträge nochmals etwas steigen, um danach allmählich zu sinken. Wie aus der Tabelle hervorgeht, würden die durchschnittlichen Defizite aber in den entwickelten kapitalistischen G-20-Staaten auch 2014 immer noch 3,8% betragen. Dementsprechend wird die absolute Staatsverschuldung weiter zunehmen, und zwar stärker als das BIP. Die durchschnittliche Schuldenquote würde dann auf über 100% des Sozialproduktes steigen. Das entspräche im Vergleich zu 2007 einer Erhöhung der öffentlichen Verschuldung um rund 25% des BIP. Wie der IWF schreibt, könnte es aber auch noch erheblich schlimmer kommen, unter anderem dann, wenn die Rezession stärker ausfallen und der Wachstumspfad nach der Krise flacher ausfallen würde. Nicht eingerechnet in diesen Zahlen sind auch allfällige Verluste bei den Zentralbanken und Kosten, die aus den staatlichen Garantiegewährungen resultieren können.

Tabelle 11: Laufende Staatsdefizite und -schulden

(in % des Bruttoinlandsprodukts)

	2007	2008	2009	2014
Laufende Defizite				
Fortgeschrittene G 20-Länder	-1,9	-4,1	-7,9	-3,8
G 20 Emerging Markets	+0,2	-0,1	-3,2	–
G 20	-1,1	-2,6	-6,2	-3,0
Staatsschulden				
Fortgeschrittene G 20-Länder	78,8	83,2	93,2	103,5
G 20 Emerging Markets	37,7	35,7	37,6	32,0
G 20	63,5	65,5	72,5	76,8

Quelle: IMF, The State of Public Finances

Der Crash im Bereich der Hypothekenkredite enthüllte die scheinbare Prosperität, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten – den industriellen oder konjunkturellen Zyklus übergreifend – im Kontext der chronischen Überakkumulation ausgebildet hatte. Infolge der Krise reißen weitere Zahlungsketten. Die Geldkrise, bestimmt als besondere Phase jeder allgemeinen Produktions- und Handelskrise, ist wohl zu unterscheiden von jener speziellen Sorte der Krise, die man auch Geldkrise nennt, die aber selbständig auftreten kann, so dass sie auf Industrie und Handel nur rückschlagend wirkt. Es sind diese Krisen, deren Bewegungszentrum das Geldkapital ist, und daher sind Banken, Börsen und sonstige Finanzinstitute das eigentliche Terrain der Verwüstung.

Ausgangspunkt war eine Kreditkrise, die eine durch den Kredit bewirkte Ausdehnung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ausdrückt. Rückschlagend verstärkt die Diskontinuität den Krisenprozess. Es werden bloße Schwindelgeschäfte sichtbar, »ferner mit fremdem Kapital getriebene, aber verunglückte Spekulationen; endlich Warenkapitale, die entwertet oder gar unverkäuflich sind, oder Rückflüsse, die nie mehr einkommen können.« (MEW 25: 507) Die Krise der Finanzmärkte und der Konjunktur verstärken einander negativ, daher die Wucht der wirtschaftlichen Talfahrt. Eine Bodenbildung und Selbststabilisierung der Konjunktur sind nicht in Sicht. Anders als in früheren Krisen gibt es keine bedeutenden Wirtschaftsräume und Sektoren in der Welt, die eine Aufwärtsentwicklung beim Wachstum verzeichnen und als Gegengewicht zum Abschwung wirken könnten. Jetzt ist die Weltwirtschaft buchstäblich im freien Fall.

Der praktikable Ausweg aus dieser Konstellation ergibt sich aus dem Doppelcharakter des Kreditsystems. Das Kreditsystem ist einerseits Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation, weil der gesellschaftliche Reproduktionsprozess mit Hilfe des Kredits bis zur äußersten Grenze getrieben wird. Das Kreditwesen beschleunigt die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts. Gleichzeitig beschleunigt der Kredit die gewaltsamen Ausbrüche dieses Widerspruchs, die Krisen, und damit die Elemente der Auflösung der alten Produktionsweise. Einerseits die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zu entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken; andererseits aber die Übergangsform zu einer neuen Produktionsweise zu bilden – diese Doppelseitigkeit ist es, die es zu verstehen und zu nutzen gilt.

Alternativen sind möglich

Ausgerechnet in der Situation einer offenkundigen Systemkrise des Kapitalismus präsentiert sich die politische Linke in einem eher desolaten Zustand. In den meisten kapitalistischen Metropolen ist keine systemkritische politische Kraft auf dem politischen Feld präsent. Auch im Bereich der gesellschaftlichen Produktion sind der Einfluss und die konzeptionellen Alternativen seitens der Gewerkschaften nicht ermutigend. In den verschiedenen Sektoren der Zivilgesellschaft propagieren globalisierungskritische Organisationen wohl mehr oder minder klar umrissene Vorstellungen einer solidarischen Ökonomie, aber die Mehrheit der Wahlbevölkerung fühlt sich durch diese Alternativen nicht angesprochen.

In Deutschland propagiert die IG Metall mit dem »Frankfurter Appell« einen Aktionsplan. Zunächst geht es um ein massives Engagement in der Realwirtschaft: »Durch den Zusammenbruch der Finanz- und Vermögenmärkte steht zu wenig privates Beteiligungskapital (private equity) zur Verfügung, um die Krise zu überbrücken. Die IG Metall fordert deshalb einen bundesweiten Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung (public equity), mit dem der Staat Beteiligungen an Unternehmen der Realwirtschaft übernehmen kann.« Übergangsweise geht es um eine politische Regulierung der Vermögens- und Finanzmärkte sowie einen Übergang zur demokratischen Gestaltung der Wirtschaft.

Die Gewerkschaft spricht als eine von wenigen Organisationen aus, dass die Vermögenden die Lasten der Krise selbst zu schultern haben: »Die Be-

wältigung der Krise erfordert enorme Finanzmittel. Jetzt besteht die Gefahr, dass die Betroffenen der Krise, die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und ihre Familien, auch noch die Kosten der Krise bezahlen. Unfair sind hier die unterschiedlichen Vermögensverhältnisse. Die haben in Deutschland stärker als in jedem anderen OECD-Land zugenommen: Die reichsten 10% der Bevölkerung verfügen über mehr als 60% am Gesamtvermögen. Die IG Metall erneuert daher ihren Vorschlag einer Zukunftsanleihe auf Vermögen über 750.000 Euro und fordert eine höhere Besteuerung der Spitzen-einkommen.« Insgesamt bleiben diese Überlegungen allerdings weit hinter den Dimensionen und Anforderungen der Krise zurück.

Die politische Kraft DIE LINKE partizipiert bislang nicht von dem immer deutlicher hervortretenden Systemcharakter der Krise. Dies liegt zum einen daran, dass bei der Mehrheit der BürgerInnen die Zusammenhänge von Finanz- und Wirtschaftskrise nicht transparent sind, zum anderen aber daran, dass die Fähigkeiten und Ressourcen zu einer mächtigen politischen Aufklärung bei der LINKEN auch nicht gegeben sind. Zu Recht muss sich die Partei grundsätzliche Kritik gefallen lassen: »Langfristig werden im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Karten neu gemischt... Den mit dieser Aufgabe verbundenen Herausforderungen stellt sich das Führungspersonal der Linkspartei bislang jedoch nicht. Das muss schon deshalb irritieren, weil sich bereits jetzt, zu Beginn der Krise, gewichtige Probleme im politischen Alltagsgeschäft stellen... Will man einen alternativen ›historischen Block‹ (Antonio Gramsci) begründen, der – und hier liegt das politische Gebot der Stunde – die Hegemonie des Neoliberalismus tatsächlich beendet, wird es darauf ankommen, die Risse im bestehenden Machtgefüge, die sich im Verlauf der Krise weiter vertiefen werden, taktisch zu nutzen. Dies erfordert eine vorurteilsfreie Analyse der Kursänderungen und Kräfteverschiebungen, denn auch hier werden sich – mit der zunehmenden Einsicht, dass es kein einfaches Zurück zum Neoliberalismus geben wird – noch substanzielle Änderungen ergeben. Inhaltlich muss ›Die Linke‹ ein Angebot formulieren für eine Gesellschaft, die die Wirtschaft in den Dienst der Menschen stellt und nicht umgekehrt.« (Scharenberg 2009)

Vor allem die Volksrepublik China, schon in den zurückliegenden Jahren aufgeschlossen für keynesianisch inspirierte Steuerungsoperationen der nationalen Ökonomie, hat den Ernst und die Folgen der Weltwirtschaftskrise begriffen und ein mächtiges Konjunkturpaket mit einer Größenordnung von 570 Mrd. US-Dollar zur Ankurbelung der Wirtschaft angekündigt. Damit soll die Binnenkonjunktur gestärkt werden, um zurückgehende Exporte auszugleichen. Mit den Mitteln sollen in den kommenden zwei Jahren Programme in zehn Hauptbereichen finanziert werden. Darunter sind der Woh-

nungsbau für untere Einkommensschichten, die Infrastruktur im ländlichen Raum, Projekte der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft, das Transportwesen, der Umweltschutz und technische Innovationen.

Auch für Europa und Deutschland wäre ein Konjunkturprogramm mit dieser Ausrichtung zu haben: Mit einem entsprechend umfangreichen *europäischen* Investitionsprogramm könnte in der Tat Schlimmeres verhütet werden.

Eine Konzeption hatte der frühere Präsident der EG-Kommission, Jacques Delors, mit seinem Weißbuch vom Herbst 1992 vorgelegt (Kommission der EG [1993]). Auch die verschiedenen Memoranden der bundesdeutschen Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik sowie das gesamteuropäische Memorandum der (kritischen) Ökonomen liefern diagnostische und therapeutische Hilfe. Doch selbst gegenwärtig findet sich in den Medien so gut wie nichts über diese Dokumente einer zum Mainstream alternativen Politikkonzeption.

Es gibt Spielräume für international koordinierte nationale Anti-Krisenprogramme. Deutschland als die ökonomisch führende Macht in Europa hat dabei einen erheblichen Einfluss beispielsweise auf die Europäische Zentralbank. Bei der Absenkung der Zinssätze kann nicht mehr viel nachgesteuert werden. Gleichzeitig sollten die Regierungen daran gehen, die Banken zu prüfen und zu entscheiden, welche sie Bankrott gehen lassen und welche sie retten müssen. Wir brauchen ein System, in dem alle Finanzunternehmen ab einer bestimmten Größe den gleichen Vorschriften für das Verhalten von Eigenkapital und das zulässige Ausmaß der Verschuldung sowie Berichtspflichten unterliegen. Und diese Regeln müssen verbindlich sein und keine neuen Ausnahmen zulassen. Einige europäische Länder brauchen ein Moratorium für Hypotheken- und Konsumentenkredite. Schließlich muss zügig ein umfangreiches Programm für öffentliche Investitionen aufgelegt werden. All dies muss begleitet werden von einer Neuordnung der Verhältnisse.

Die kurzfristige Expansion der Neuverschuldung müsste in eine Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte eingebunden werden. Eine Hauptursache für die relative Entkoppelung des Finanzsektors von der Realökonomie liegt eben auch darin, dass die Vermögenseinkommen und die Vermögenswerte völlig unzureichend zur Finanzierung von öffentlichen und sozialen Einkommen herangezogen wurden. Es reicht nicht aus, die Managergehälter zu beschränken. Wir brauchen in allen kapitalistischen Ländern – vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – eine härtere Besteuerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Von all diesen Aspekten einer Neuordnung des Finanzsektors ist in den Notprogrammen

der Regierungen wenig zu finden. Nicht zuletzt wäre auch eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu fordern, wie sie gegenwärtig unter dem Stichwort »Neues Bretton Woods« benannt wird.

Die linken oder sozialistischen Alternativen müssen von den nationalen Besonderheiten ausgehen. Beispielsweise konstatieren selbst Politiker des bürgerlichen Lagers, dass sich die »Berliner Republik« auch von der EU-Kommission in eine gesellschaftspolitische Sackgasse hat hineintreiben lassen. Diese wollte auch das System der Sparkassen und Volksbanken der Kapitalmarktfreiheit unterwerfen. Deren Zerschlagung konnte verhindert werden. Gegenwärtig sichten die BürgerInnen hierzulande ihre Spareinlagen in dieses System um. Die LINKE könnte dies befördern und – mit einigen begleitenden Maßnahmen – nicht nur für viele BürgerInnen eine wünschbare Sicherung ihrer Spareinlagen organisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine Neuausrichtung des Kreditsystems an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie regionaler Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe schaffen.

Politischer Korridor in eine solidarische Ökonomie

Mit einem Maßnahmenbündel, das im Kern eine Veränderung der Verteilungsstrukturen zum Hebel für eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses und eine planmäßige Veränderung der Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft macht, hatte bereits Keynes im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für eine Strukturpolitik plädiert, die die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Stagnation, Depression und Deflation herausführt (Keynes 1929; Zinn 2008).

Im Kern geht es dabei um folgende Komponenten einer den Fordismus überschreitenden Regulation:

- Ausweitung des »sinnvollen« Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen,
- Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen,
- Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen.

Sowohl die theoretische Analyse der Stagnation in reifen kapitalistischen Gesellschaften als auch das von Keynes skizzierte Maßnahmenbündel haben für die gegenwärtige gesellschaftliche Auseinandersetzung eine herausragende Bedeutung. Nach den Notplänen für den Finanzsektor und der Herausbildung einer Vollbeschäftigungskonstellation gilt es in die Verteilungsverhältnisse einzugreifen und den Übergang in eine andere Ökonomie zu organisieren. Diese Alternative stellt weder eine »nostalgische« Rück-

kehr zum fordistischen Sozialstaat mit seinen bornierten Seiten dar noch bloßes Wunschdenken, sondern schließt an Entwicklungsergebnisse des Kapitalismus an.

Die Machtverschiebung zugunsten der Vermögensbesitzer durch die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik muss korrigiert werden. Unter dem Stichwort »Euthanasie des Rentiers« hat Keynes eine Vision einer kapitalistischen Welt entwickelt, in der Kapitalinvestitionen nur noch eingeschränkte Möglichkeiten einer produktiven Verwendung haben. In einer Konstellation hoher Produktivität und damit des gesellschaftlichen Überschusses müssen wir die mentalen und politischen Hindernisse für die Beseitigung des funktionslosen Reichtums oder des leistungslosen Einkommens in das Zentrum der Kapitalismuskritik rücken.

Nach der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation muss das Steuersystem also grundlegend erneuert werden. Alle Unternehmen müssen bezogen auf den Wertschöpfungsprozess angemessene Steuern bezahlen, die unter den Kommunen, Ländern und dem Nationalstaat nach den zu finanzierenden Aufgaben aufgeteilt werden. Darüber hinaus müssen von allen Einkommen je nach Leistungsfähigkeit Steuern zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Sozialabgaben erhoben werden.

Der entscheidende Punkt beim Engagement für einen Ausbau des öffentlichen Sektors ergibt sich aus der Notwendigkeit einer neuen Qualität der Programmierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie: Stopp der Kürzungen bei Sozial- und Arbeitseinkommen; Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Einführung einer höheren Besteuerung großer Erbschaften; realistische Immobilienbewertung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Mit der so erzielten Verbesserung der öffentlichen Einnahmen werden öffentliche Investitionen, vor allem im kommunalen Bereich, finanziert. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm sorgt der Staat für Investitionen und Beschäftigung und ermöglicht damit Einkommen, die Sozialstaatstransfers erübrigen.